

Philipp Mißfelders letztes Wort

In einem Gefälligkeitsbeitrag für die „Jüdische Allgemeine“ hat der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag Philipp Mißfelder die Bundesregierung darauf festlegen wollen, dem Staat Palästina die Anerkennung zu verweigern und damit nicht dem Beispiel Schwedens von Anfang Oktober und der Abstimmung im britischen Unterhaus Mitte Oktober 2014 zu folgen. Beiden Voten lag die fortgesetzte Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem und in der Westbank durch die Regierung Benjamin Netanjahus zugrunde. Geht es nach Mißfelder, so ist zu folgern, soll die Bundesregierung bei der bevorstehenden Sitzungsperiode der Vereinten Nationen in New York den angekündigten Antrag der Palästinensischen Autonomiebehörde für einen Zeitplan zur Gründung des Staates Palästina in den Grenzen von 1967 ablehnen.

In bewusster Verkennung der asymmetrischen Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern und der Rolle Ägyptens, die keineswegs aus Sympathie für die Palästinenser auf eine politische Beruhigung drängt – die Regierung in Kairo zeigt sich vor allem durch djihadistische Terrorakte im Norden der Sinai-Halbinsel beunruhigt –, schrieb Mißfelder:

„Die einseitige Anerkennung Palästinas würde vor allem die Streitpunkte zwischen den Palästinensern und Israel nicht ausräumen. Auf eine solche Weise einen eigenen Staat herbeiführen zu wollen – und sei es auch nur in einer rein symbolischen Abstimmung – ist somit nicht nur ein falscher Ansatz, sondern kann sogar den gesamten politischen Prozess in der Region gefährden, der erst langsam mit Ägypten als Vermittler in Gang gekommen ist.

Deutschland wird dem britischen und schwedischen Beispiel auf keinen Fall folgen. Um den Frieden im Nahen Osten ernsthaft zu fördern, ist eine gemeinsame europäische Haltung wichtig. Alleingänge einzelner Mitgliedsstaaten sind nicht hilfreich. Hierin sind sich auch fast alle Parteien im Bundestag einig.“

Abschließend wiederholte Mißfelder die bekannte Formel von der Zwei-Staaten-Lösung, die auf dem Verhandlungswege zwischen beiden Parteien erreicht werden müsse. Man wird dem Abgeordneten mit der Vermutung nicht zu nahe treten, dass ihm die „gemeinsame europäische Haltung“ in dieser Frage nicht übermäßig am Herzen liegt.

Quelle: *Philipp Mißfelder: Einseitig zur Zweistaatenlösung?; in „Jüdische Allgemeine“ 23.10.2014. Vgl. die Eintragungen in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.*
